

Protokoll über die Sitzung Nr. 5/2018 des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft der Stadt Wilhelmshaven am Montag, 18. Juni 2018 um 14:00 Uhr, im Ratssaal

Oberbürgermeister:

Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglieder Gruppe CDU/WBV:

Beigeordneter Stefan Becker
Ausschussvorsitzende Katja Breuer
Bürgermeisterin Ursula Glaser
Stellv. Ausschussvorsitzender Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig

Mitglieder SPD-Fraktion:

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir
Beigeordneter Howard Jacques
Bürgermeister Uwe Reese

Mitglieder Gruppe GrünUnabhängigSozial:

Ausschussmitglied Andreas Tönjes
Beigeordneter Michael von den Berg
Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis *bis TOP 6.2*

Mitglied FDP-Fraktion:

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfW-Fraktion:

Beigeordneter Thorsten Moriß

als Gast:

Ratsmitglied Prof. Dr.-Ing. Lothar Preuß *ab TOP 4.3*

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglied Dr. Dr. Alfred Klinke-Mibert
Beigeordneter Jörg Mückenwarf

Dezernent:

Erster Stadtrat Jens Stoffers

von der Verwaltung:

Jürgen Janßen - Fachbereichsleitung Wirtschafts- und Regionalmanagement (03)
Julia Muth - Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination (13)
Jörg Valnion – Fachbereichsleitung Finanzen (20)
Torben Müller – Fachbereich Finanzen (20)

Protokollführerin:

Jessica Zahn – Fachbereich Finanzen (20)

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- | | | |
|------|---|-----------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Feststellung der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 14.05.2018 | |
| 4 | <u>Vorlagen an den Rat:</u> | |
| 4.1 | Vollvermögensübertragung der Gewerbezentrum Wilhelmshaven GmbH auf die Stadt Wilhelmshaven | 150/2018 |
| 4.2 | Übertragung von Grundstücken und Gebäuden auf den Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven - Kapitaleinlage | 151/2018 |
| 4.3 | Neuausrichtung Wirtschaftsförderung | 152/2018 |
| 4.4 | Koordinierungsstelle „LNG Infrastruktur“ in Niedersachsen | 154/2018 |
| 4.5 | Zuschussrichtlinien zur Unterstützung von Projekten Dritter anlässlich des Stadtgeburtstags 2019 | 118/2018 |
| 4.6 | 4. Nachtragshaushaltssatzung 2017/2018 | 143/2018 |
| 4.7 | Information zum konsolidierten Gesamtabchluss 2014 | 117/2018 |
| 4.8 | Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2019 für kostenrechnende Einrichtungen | 148/2018 |
| 4.9 | Energiepolitisches Arbeitsprogramm 2019/2020
Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes | 75/2018 |
| 4.10 | Antrag Gruppe GUS: "Haushaltsklausur außerhalb von Wilhelmshaven" | 516/2018 |
| 4.11 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat | 161/2018 |
| 5 | <u>Vorlagen an den Verwaltungsausschuss:</u> | |
| 5.1 | Finanzielle Zuwendung Wilhelmshavener-Hafenwirtschafts-Vereinigung e.V. | 153/2018 |
| 5.2 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA | 160/2018 |
| 6 | <u>Mitteilungen und Anfragen:</u> | |
| 6.1 | Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung | |
| 6.2 | Haushalts- und Budgetbericht zum 30.04.2018 | |
| 6.3 | Bericht zur Stabilisierungshilfe | |

- 1 Eröffnung der Sitzung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Breuer**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde ohne Änderungen festgestellt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 14.05.2018

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom 14.05.2018 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Vollvermögensübertragung der Gewerbezentrum Wilhelmshaven GmbH auf die Stadt Wilhelmshaven **150/2018**

Frau Breuer trug die Beschlussvorlage vor.

Es gab keine Wortmeldungen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Vermögensübertragungsvertrag, mit dem das Vermögen der Gewerbezentrum Wilhelmshaven GmbH auf die Stadt im Rahmen einer Vollvermögensübertragung (im Sinne des Umwandlungsgesetzes) übertragen wird und der im Entwurf als Anlage zu diesem Beschluss genommen ist, hiermit zu.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung zu treffen und die entsprechenden Beschlüsse in den Gremien herbeizuführen.

4.2 Übertragung von Grundstücken und Gebäuden auf den Eigenbetrieb Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven - Kapitaleinlage **151/2018**

Frau Breuer trug die Beschlussvorlage vor.

Frau Weinstock fragte, ob in diesem Fall Grunderwerbssteuer anfällt.

Herr Valnion und **Herr Oberbürgermeister Wagner** erklärten, dass diese höchstens einmal, nämlich im Rahmen der Vollvermögensübertragung, fällig werden könnte.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Vorbehaltlich der Zustimmung zur Beschlussvorlage Nr. 150/2018 stimmt der Rat der Stadt Wilhelmshaven der Übertragung des Gebäudes Gewerbezentrum Kutterstraße 3 sowie des dazugehörigen Sonderpostens aus dem Bilanz Eigentum der Kernverwaltung in das Bilanz Eigentum des Eigenbetriebes Grundstücke und Gebäude der Stadt Wilhelmshaven zu. Gleichzeitig gehen alle mit dem Gebäude verbundenen Rechte und Pflichten auf den Eigenbetrieb GGS über. Die Übertragung erfolgt rückwirkend zum 01.01.2018 im Rahmen einer Kapitaleinlage mit einem Buchwert in Höhe von 328.740,49 €.

4.3 Neuausrichtung Wirtschaftsförderung **152/2018**

Die Beschlussvorlage wurde von **Frau Breuer** vorgetragen.

Herr Jacques bat die Verwaltung darum, die Beschlussvorlage zurückzuziehen. Es müsse vorher nochmal mit der Wirtschaft und der Verwaltung über die Wirtschaftsförderung diskutiert werden. **Herr Walpurgis** sprach sich ebenfalls für eine Vertagung aus.

Herr von den Berg gab bekannt, dass er weder der Beschlussvorlage, noch dem Änderungsantrag der FDP zustimmen werde.

Herr Dr. von Teichman brachte seinen Änderungsantrag ein und erläuterte diesen.

Herr Oberbürgermeister Wagner erklärte, dass die Beschlussvorlage behandlungsreif sei und deshalb nicht zurückgezogen wird. Es handelt sich bei dieser Beschlussvorlage um einen Grundsatzbeschluss, daher gäbe es für viele der im Änderungsantrag genannten Details noch gar keinen Regelungsbedarf. Falls die Beratung vertagt werden sollte, wäre eine Beratung erst wieder zum Haushalt 2019/2020 sinnvoll. Bei einer Vertagung wäre der 4. Nachtragshaushalt hinfällig, da dieser die Mittel für die Wirtschaftsförderung beinhaltet. Außerdem hätte die Verwaltung ohne heutigen Beschluss und den 4. Nachtragshaushalt kein Handlungsspielraum, so dass erst im Jahr 2019 mit der Personalsuche begonnen werden könnte.

Herr Jacques stellte einen Antrag auf Vertagung der Beschlussvorlage bis zur Haushaltsplanung für die Jahre 2019/2020.

Herr Becker und **Herr Hellwig** sprachen sich deutlich gegen eine Vertagung aus. Der Grundsatzbeschluss drücke den grundsätzlichen Willen aus und die Details werden zum späteren Zeitpunkt geregelt. Es sei wichtig diesen Beschluss zu fassen, damit die Entwicklung der Wirtschaftsförderung vorwärts gehe. Die Ausgestaltung der GmbH inklusive der Satzung sei ein weiteres komplexes Thema. Beide kritisierten außerdem das Schreiben des AWW, in dem der AWW ankündigt sich unter bestimmten Umständen doch nicht an der Wirtschaftsförderung zu beteiligen.

Herr Dr. von Teichman erklärte, dass er gegen eine Vertagung sei. Er habe jedoch eine detailliertere Beschlussvorlage erwartet, einen Grundsatzbeschluss habe der Rat bereits beschlossen.

Frau Weinstock äußerte, dass es nicht richtig sei, diesen Beschluss zu fassen, wenn der AWW damit nicht einverstanden ist.

Frau Breuer rief zur Abstimmung über den Antrag von Herrn Jacques auf.

Der Antrag auf Vertagung wurde mit 4 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Frau Glaser betonte nochmals, dass es sich hierbei um einen Grundsatzbeschluss handelt und dieser umfassend genug sei. Außerdem lag der Vorschlag seit dem 14.05.2018 vor, so dass bis zur Sitzung genügend Zeit zur Vorbereitung war.

Herr Dr. von Teichman verdeutlichte, dass es Wunsch sei, mit der Wirtschaft einen Konsens zu finden. Er bat darum, dass sich alle Ratsmitglieder bis zur Ratssitzung mit dem Änderungsantrag der FDP beschäftigen. In dem Änderungsantrag seien fast alle Wünsche des AWV berücksichtigt worden.

Herr Hellwig gab zu Bedenken, dass über die Details diskutiert werden sollte, wenn ein Vorschlag für die Satzung vorliegt.

Herr Oberbürgermeister Wagner erklärte, dass die Verwaltung die Punkte aus dem Änderungsantrag der FDP in den Überlegungen bezüglich der Satzung berücksichtigen wird. Man dürfe jedoch nicht den Fehler machen die Aufgaben zu detailliert aufzuführen, da dadurch viele Ausnahmen entstehen werden und kaum Handlungsspielraum bleibt. Außerdem müssen die übertragenen Aufgaben dem zur Verfügung gestellten Budget angemessen sein.

Herr Becker sagte, dass die Drohung seitens des AWV für eine gute Zusammenarbeit nicht förderlich sei. Er erklärte außerdem, dass er den Änderungsantrag der FDP in vielen Punkten sehr gut findet. Aufgrund einzelner Punkte kann er diesem jedoch nicht zustimmen.

Herr Walpurgis entgegnete, dass es sich bei dem Schreiben des AWV um keinen Drohbrief gehandelt habe. Er lobte die Verwaltung und Herrn Dr. von Teichman für die Ausarbeitung der Beschlussvorlage beziehungsweise des Änderungsantrages und regte an, bis zur Ratssitzung einen Kompromiss zu finden.

Frau Glaser stimmte Herrn Becker zu, dass es schade sei, dass der AWV trotz ihres Schreibens nicht an der heutigen Sitzung teilgenommen hat.

Herr Dr. von Teichman erklärte, dass er die Aufgabenaufzählung in seinem Änderungsantrag aus dem alten Gesellschaftervertrag der WFG entnommen habe. Diese Aufzählung hätte er lediglich um wenige Punkte ergänzt, somit könne es sich hierbei nicht um zu viele Aufgaben handeln. **Herr Oberbürgermeister Wagner** antwortete, dass die frühere Wirtschaftsförderungsgesellschaft ungefähr das gleiche Budget hatte, wie für die neue Wirtschaftsförderung geplant sei. Es müsse dabei aber die Inflation und sonstige wirtschaftliche Entwicklung berücksichtigt werden, somit können heutzutage mit dem gleichen Budget nicht gleich viele Aufgaben erfüllt werden.

Abschließend rief **Frau Breuer** zur Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP auf.

Der Änderungsantrag der FDP wurde mit einer Ja-Stimme, 8 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend wurde über die unveränderte Beschlussvorlage abgestimmt.

Beschluss: -mehrheitlich angenommen-

Im Rahmen der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung beschließt der Rat der Stadt Wilhelmshaven

- Es wird eine Wirtschaftsförderungs-GmbH gegründet. Dabei gelten folgende grundsätzliche Festlegungen:
 - » die GmbH wird eine 100%-ige Eigengesellschaft der Stadt Wilhelmshaven
 - » es wird ein Aufsichtsrat unter Beteiligung von Wirtschaftsvertretern gebildet, dem als Mitglieder mehrheitlich Vertreter der Stadt angehören
 - » der GmbH werden noch zu bestimmende Aufgaben übertragen, die von der Gesellschaft für die Stadt wahrgenommen werden
 - » hoheitliche Aufgaben verbleiben bei der Stadt im Fachbereich 03 „Wirtschaft und Regionalmanagement“
 - » das bisher beim Referat 1 im Fachbereich 03 angesiedelte Personal verbleibt bei der Stadt
 - » ein Zuschuss der Stadt an die GmbH wird rechtlich abgesichert
 - » es wird ein Wirtschaftsplan für die GmbH aufgestellt, die seitens der Stadt mit einem Budget von ca. 1 Mio. Euro ausgestattet wird
 - » eine Beteiligung der Wirtschaft an den Kosten des laufenden Geschäftsbetriebes wird erwartet.

4.4 Koordinierungsstelle „LNG Infrastruktur“ in Niedersachsen

154/2018

Die Beschlussvorlage wurde von **Frau Breuer** vorgetragen.

Herr Dr. von Teichman äußerte seine Bedenken bezüglich der Einrichtung einer Koordinierungsstelle.

Herr Hellwig sprach sich für eine Koordinierungsstelle aus.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Die Stadt Wilhelmshaven beteiligt sich mit einem einmaligen Betrag von 30.000 Euro an den Kosten für die Einrichtung und den Betrieb einer Koordinierungsstelle LNG Infrastruktur in Niedersachsen.

4.5 Zuschussrichtlinien zur Unterstützung von Projekten Dritter anlässlich des Stadtgeburtstags 2019

118/2018

Die Beschlussvorlage wurde von **Frau Breuer** vorgetragen.

Herr Dr. von Teichman kritisierte, dass die Frist für die Förderanträge (31.10.2018) sehr früh sei, gerade wenn Veranstaltungen erst im 2. Halbjahr stattfinden. Diese Frist sollte weiter hinausgezogen werden.

Herr Oberbürgermeister Wagner erklärte, dass gerade die Veranstaltungen, welche im 1. Halbjahr 2019 stattfinden sollen, frühzeitig Gewissheit über die Zuschüsse benötigen. Daher sei eine spätere Frist nicht sinnvoll. Wenn später noch Mehrbedarf besteht oder gegebenenfalls noch Mittel verfügbar sind, wird eine Satzungsänderung erfolgen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt beschließt die anliegenden „Zuschussrichtlinien für die Unterstützung von Projekten Dritter anlässlich des Stadtgeburtstags 2019“.

4.6 4. Nachtragshaushaltssatzung 2017/2018

143/2018

Frau Breuer trug die Beschlussvorlage vor.

Anschließend erläuterte **Herr Müller** kurz die Änderungen, die in der 4. Nachtragshaushaltssatzung berücksichtigt wurden. **Herr Müller** zeigte auch die Entwicklung des Gesamthaushaltes auf. Im Gegensatz zum Ursprungshaushalt ist für das Haushaltsjahr 2018 durch den 4. Nachtragshaushalt ein Überschuss in Höhe von einer Mio. € geplant.

Auf Nachfrage von **Herrn Reese** erklärten **Frau Breuer** und **Herrn Stoffers**, dass ein Ausschussmitglied einen Antrag stellen muss, wenn die Zuschussanträge im Nachtrag berücksichtigt werden sollen. **Herr Stoffers** erklärte außerdem, dass die Verwaltung empfiehlt die Zuschussanträge abzulehnen, da der Rat im Bereich der freiwilligen Leistungen Zuschussrichtlinien festgelegt habe und die beantragenden Stellen diese nicht erfüllen.

Herr von den Berg hinterfragte die Mehrkosten durch die Einstellung eines Kämmerers. Außerdem fragte er inwieweit die Gewerbesteuer im Ergebnis dem Ansatz entspricht.

Herr Müller antwortete, dass für das Jahr 2018 bereits Personalkosten für die Stelle des Kämmerers eingeplant wurden für den Fall, dass die Personalsuche noch im Jahr 2018 erfolgreich ist. Für die Gewerbesteuer wurde für 2018 mit 26,7 Mio. € geplant, dies ist auch der Betrag der aktuell als Jahresergebnis prognostiziert wird.

Herr Dr. von Teichman beantragte, dass die Bezeichnungen „Citymanager“ und „Stadtmarketing“ in der Änderungsliste der lfd. Nr. 2-4 und 7-8 gestrichen werden. **Herr Oberbürgermeister Wagner** erklärte, dass es zwischen City- und Stadtmanager einen Unterschied gäbe.

Der Änderungsantrag von Herrn Dr. von Teichman wurde mit 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9 i.V.m. § 115 NKomVG die 4. Nachsatzung 2017/2018 der Stadt Wilhelmshaven.

4.7 Information zum konsolidierten Gesamtabchluss 2014

117/2018

Die Beschlussvorlage wurde von **Frau Breuer** vorgetragen.

Herr Valnion hielt einen Vortrag über den konsolidierten Gesamtabchluss 2014. Er informierte zunächst über den aktuellen Sachstand des Gesamtabchlusses. Er erläuterte kurz den Vollkonsolidierungskreis, das Gesamtjahresergebnis und die Personalentwicklung im Konzern Stadt. Anschließend zeigte er einen interkommunalen Vergleich, als Beispiel für den Nutzen eines Gesamtabchlusses. Der Vortrag liegt als Anlage zum Protokoll anbei.

Beschluss: -zur Kenntnisnahme-

Der Rat nimmt den beigefügten Entwurf zum konsolidierten Gesamtabchluss 2014 zur Kenntnis.

4.8 Zinssatz für die kalkulatorische Verzinsung zum Haushalt 2019 für kostenrechnende Einrichtungen

148/2018

Frau Breuer trug die Beschlussvorlage vor.
Es gab keine Wortbeiträge.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven setzt den Zinssatz für die kalkulatorischen Zinsen der kostenrechnenden Einrichtungen zum Haushalt 2019 auf 3,27 % (bisher 3,52%) fest.

4.9 Energiepolitisches Arbeitsprogramm 2019/2020
Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes

75/2018

Die Beschlussvorlage wurde von **Frau Breuer** vorgetragen.

Es folgten keine Wortmeldungen.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Das Energiepolitische Arbeitsprogramm (EPAP) 2019/2020 wird auf der Grundlage des Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Wilhelmshaven beschlossen.

4.10 Antrag Gruppe GUS: "Haushaltsklausur außerhalb von Wilhelmshaven" **516/2018**

Frau Weinstock trug den Antrag vor. Sie betonte, dass eine Klausurberatung außerhalb von Wilhelmshaven gut für die Stimmung im Rat sei.

Die **Herren Becker, Dr. von Teichman** und **Hellwig** sprachen sich gegen eine Haushaltsklausur außerhalb von Wilhelmshaven aus.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

Die für September geplante Haushaltsklausur für die Haushalte 2019 und 2020 findet für alle Ratsmitglieder gemeinsam außerhalb von Wilhelmshaven statt.

Begründung:

In der Vergangenheit wurden HH-Klausuren auch schon auf nahegelegene Insel abgehalten. Der Vorteil lag in der Möglichkeit des geselligen Austausches und der zielorientierten Zusammenarbeit über einen längeren Zeitraum, notfalls bis spät in die Nacht hinein. Die angestrebten Haushaltsplanungen sind geprägt von der vorgegebenen Ausgeglichenheit versus der wachsenden Verantwortung der Kommunen, ausserdem verlangt der Haushalt 2019 Mittel für Stadtjubiläum und event. Entscheidungen für die Planung künftiger Stadthalle u.v.m.

4.11 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den Rat **161/2018**

Frau Breuer trug die Beschlussvorlage vor und bedankte sich bei allen Spendern.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Zuwender/in	Betrag	Empfänger/Verwendungszweck
1. August-Desenz-Drehorgel-Stiftung c/o August Desenz, Erich-Kästner-Ring 13, 26386 Wilhelmshaven	12.000,00 €	Sachspende in Form eines Denkmals zur Erinnerung an die Novemberrevolution 1918 in Wilhelmshaven
2. Förderverein Grund-schule Voslapp e.V. (Vorsitzender: Gunnar von Oehsen, Prickenweg 47, 26388 Wilhelmshaven))	5.352,78 €	Geldspende für ein neues Spielgerät (Balancierparcour) für die Grundschule Voslapp

5 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

5.1 Finanzielle Zuwendung Wilhelmshavener-Hafenwirtschafts-Vereinigung e.V. **153/2018**

Frau Breuer trug die Beschlussvorlage vor.
Es folgten keine Wortbeiträge.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der im 2. Nachtrag zum Haushalt 2017/2018 veranschlagte Betrag von 30.000 Euro zur Unterstützung der wirtschaftsfördernden Tätigkeit der Wilhelmshavener Hafenwirtschafts-Vereinigung e. V. wird zur Auszahlung freigegeben.

5.2 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 111 Abs. 7 NKomVG durch den VA **160/2018**

Frau Breuer verlas die Beschlussvorlage und bedankte sich bei allen Spendern.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Zuwender/in	Betrag	Empfänger/Verwendungszweck
3. NWO-Sozialstiftung Postfach 2061, 26360 Wilhelmshaven	1.000,00 €	Geldspende für die Kinderfeuerwehr Wilhelmshaven

6 Mitteilungen und Anfragen

Herr Dr. von Teichman sagte, dass der Landesrechnungshof kritisiert habe, dass sich das Land an zwei dicht aneinander liegenden Gewerbegebieten in Wilhelmshaven beteiligt hat. Er fragte, ob diesbezüglich Konsequenzen für die Stadt Wilhelmshaven zu erwarten seien.

Herr Oberbürgermeister Wagner entgegnete, dass die Stadt momentan keine Konsequenzen erwarten muss.

Frau Weinstock kritisierte, dass es noch keine Ansiedlung im Logistikpark Langwerth gibt. Sie betonte, dass sie damals gegen den Logistikpark gestimmt habe.

Herr Oberbürgermeister Wagner erklärte, dass es durchaus bereits Interessenbekundungen und Verhandlungen für den Erwerb von Flächen in dem Logistikpark gegeben habe, zu einem Verkauf sei es aber tatsächlich noch nicht gekommen.

6.1 Angelegenheiten der Wirtschaftsförderung

-Keine-

6.2 Haushalts- und Budgetbericht zum 30.04.2018

Herr Müller stellte kurz die Produkt-und Budgetberichte zum 30.04.2018 vor und stand für Fragen zur Verfügung.

Herr Dr. von Teichman hinterfragte, warum im Teilhaushalt Konzern Stadt für TBW Transferaufwendungen in Höhe von 16,8 Mio. € geplant sind, diese jedoch noch nicht ausgezahlt wurden. **Herr Müller und Herr Valnion** erklärten, dass zwei Abschläge an TBW gezahlt wurden, diese jedoch noch aus Vorjahren offen waren. TBW hat eine gute Liquiditätslage, was unter anderem daran liegt, dass die Investitionen teilweise nicht wie geplant erfolgen.

6.3 Bericht zur Stabilisierungshilfe

Herr Müller trug den Bericht zur Stabilisierungshilfe zum 30.06.2018 vor. Er berichtete unter anderem, dass seit 2016 keine Liquiditätskredite mehr aufgenommen wurden. Nach aktueller Planung ist für 2018 ein Jahresergebnis in Höhe von über einer Mio. € geplant, jedoch lägen einige Risiken vor. Ein Risiko im Bereich Jugend sei zum Beispiel die Gesetzesänderung bezüglich des Unterhaltsvorschusses.

Herr Müller stellte außerdem den Stand der Maßnahmen vor, welche im Rahmen der Stabilisierungshilfe vereinbart wurden.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:15 Uhr

Wagner
Oberbürgermeister

Breuer
Vorsitzende

Zahn
Protokollführerin